

IHK-Jahresschlussempfang am 4. Dezember 2019

Rede von IHK-Präsident Manfred Schnabel

SPERRFIST: 4. Dezember 2019, 18:15 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
zu unserem IHK-Jahresschlussempfang heiße ich Sie als Präsident der IHK Rhein-Neckar sehr herzlich willkommen.

Mein erster Gruß gilt allen Unternehmerinnen und Unternehmern, sowie allen anderen Vertretern unserer über 70.000 Mitgliedsunternehmen.

Unsere IHK Rhein-Neckar ist Ihre IHK – die Selbstverwaltung der Wirtschaft in der Region.

Stellvertretend für die über 3.000 Ehrenamtlichen, die sich in Vollversammlung und Ausschüssen, als Prüfer, Handelsrichter und vieles mehr in der IHK engagieren, begrüße ich Herrn Dr. Fuchs, Träger der Großen Verdienstmedaille in Gold der IHK Rhein-Neckar, sowie meine Vorgänger im Amt Frau Abt und Herrn Dr. Vogel.

Für die befreundeten Kammern freue ich mich ganz besonders, die frisch gewählten Präsidenten der IHK Darmstadt-Rhein-Main-Neckar, Herrn Präsident Martiné, und der Handwerkskammer Mannheim, Rhein-Neckar-Odenwald, Herrn Präsident Hofmann, begrüßen zu dürfen.

Das unternehmerische Ehrenamt stellt das Herz der Selbstverwaltung der Wirtschaft und deren demokratische Legitimation dar und ich freue mich schon jetzt, Ihnen später über äußerst positive Neuigkeiten bei der Weiterentwicklung unserer Zusammenarbeit berichten zu dürfen.

Wenn ich in den Saal blicke, sehe ich sehr viele bekannte Gesichter und bedeutende Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft.

Mit Blick auf die Zeit hoffe ich auf Ihr Verständnis, dass ich stellvertretend nur einige wenige Persönlichkeiten von Ihnen namentlich begrüßen kann, die auch für ganze Gruppen stehen, die in besonders enger Verbindung zu unserer IHK stehen.

Ich weiß, dass es Sie drängt, jedem einzelnen den gebührenden Beifall zu spenden, aber es wäre ganz großartig, wenn Sie Ihre Kraft etwas sparen würden, um am Ende allen zusammen einen besonders herzlichen, lauten und anhaltenden Beifall zu spenden. Einverstanden?

Für die Parlamente begrüße ich ganz herzlich unseren Bundestagsabgeordneten Nikolas Löbel, sowie unsere Abgeordneten im baden-württembergischen Landtag: Frau Philippi, Herr Kleinböck und Herrn Klos.

Für die vielen anwesenden Vertreter der Gebietskörperschaften begrüße ich sehr herzlich den Ersten Bürgermeister der Stadt Mannheim Herrn Christian Specht, sowie den geschätzten Ehrenbürger der Stadt Mannheim, Herrn Gerhard Widder.

Stellvertretend für die Vertreter der Justiz begrüße ich den Präsidenten des Landgerichtes Heidelberg, Herrn Dr. Brede und für die Konsulate den Honorarkonsul der Republik Frankreich Herrn Folker Zöller.

Stellvertretend für alle anwesenden Repräsentanten der Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen begrüße ich den Rektor der benachbarten Universität Mannheim, Herrn Professor Puhl.

Für die Institutionen der Metropolregion Rhein Neckar begrüße ich stellvertretend die Geschäftsführerinnen Kirsten Korte und Dr. Brockmann, sowie meinen Kollegen im Vorstand unseres strategisch wichtigen Vereins „Zukunft Metropolregion Rhein Neckar - ZMRN“ Herrn Dr. Müller, der ganz nebenbei auch noch Vorstandsvorsitzender der MVV AG ist.

Sehr gerne begrüße ich auch die Mitglieder der Wirtschaftsjuvenen Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg, welchen es gerade gelungen ist, die Bundeskonferenz der Wirtschaftsjuvenen im Jahr 2022 nach Mannheim zu bringen. Herzlichen Glückwunsch dazu!

Allen Vertretern der befreundeten Arbeitgeberverbände, der Politik, der Gemeinderäte, der Polizei und des Militärs, der Kirchen und Parteien, sowie den zahlreich anwesenden Persönlichkeiten aus Kunst und Gesellschaft gilt gleichermaßen mein Willkommensgruß.

Last but not least begrüße ich die zahlreichen Vertreter der Medien, verbunden mit der Bitte, auch weiterhin so engagiert über unsere Arbeit und die wichtigen Belange der Wirtschaft in der Region zu berichten.

Liebe Gäste, ich freue mich wirklich sehr, dass Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind und freue mich schon jetzt darauf, mit möglichst vielen von Ihnen beim anschließenden Empfang persönlich sprechen zu können.

So: jetzt dürfen Sie sehr gerne laut klatschen und Ihre eingesparte Energie investieren!

Wir starten zunächst mit einem filmischen Rückblick auf ausgewählte Themen der IHK-Arbeit im Jahr 2019. „Film ab.“

So rasch kann man ein ganzes IHK-Jahr zusammenfassen.

2019 war geprägt von wichtigen Entwicklungen in der Region, im Land, im Bund und in der Europäischen Union.

Für unsere IHK standen wie im Film erwähnt die verkehrliche Situation rund um die Hochstraßen, unsere Neuaufstellung als IHKs in der Metropolregion sowie das Thema Ausbildung an vorderster Stelle unserer Arbeit.

Vielen Dank allen Beteiligten für die gelungene Zusammenstellung unserer Arbeit in diesem kurzweiligen Film.

Politisch war das vergangene Jahr von vielen Verwerfungen geprägt, die man noch kurze Zeit zuvor für völlig unmöglich gehalten hätte.

Die bedeutendste Demokratie der Welt übt sich in Protektionismus und der größte undemokratische Staat der Welt erobert die Weltmärkte.

Europa zerlegt sich mit dem Brexit selbst und der Mangel an zukunftsorientierter Politik in Deutschland schafft Unsicherheit und legt die Axt an die Grundfesten unseres wirtschaftlichen Erfolgs.

Eine zehnjährige gute Konjunktur ist in diesem Jahr abgeflaut und das Wachstum dürfte gerade so die Null-Linie überschreiten.

Ohne Wachstum ist ein Jahr für Unternehmen niemals einfach, denn noch niemand konnte mir erklären, wie man jährliche Lohn- und Kostensteigerungen ohne Wachstum bewältigen kann.

Trotzdem haben sich unsere Unternehmen in der Region mit herausragenden Leistungen beachtlich geschlagen und so für Wohlstand, Beschäftigung, Ausbildung und Stabilität gesorgt.

Hierzu haben die großen Unternehmen, die vielen leistungsstarken mittelständischen Familienunternehmen, aber auch die zahlreichen Selbständigen und Kleinunternehmen beigetragen.

Sie alle haben unseren Dank und die Anerkennung verdient und ich würde mir sehr wünschen, dass auch in die Öffentlichkeit diese Leistung als wirtschaftliche Basis für unsere Gesellschaft endlich angemessen gewürdigt wird.

Ein herzliches Dankeschön möchte ich dem unternehmerischen Ehrenamt für die Unterstützung der IHK Rhein-Neckar im Jahr 2019 sagen:

Ich danke den vielen Mitgliedern der IHK-Ausschüsse und der IHK-Arbeitskreise, den inzwischen mehr als 1.500 Teilnehmern an den Treffen der IHK-Netzwerke und den mehr als 2.500 Prüfern in den Ausschüssen zu den Prüfungen der Aus- und Weiterbildung, sowie der Sachkundeprüfungen.

Viel Anerkennung zolle ich auch den Vertretern in unserem IHK-Berufsbildungsausschuss – sie kommen von den Organisationen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer sowie von den Berufsschulen.

Mein herzliches Dankeschön gilt natürlich auch allen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer IHK Rhein-Neckar, allen voran den Geschäftsführern und deren Bereichen.

Dies gilt insbesondere für unseren Hauptgeschäftsführer Dr. Axel Nitschke, mit dem ich besonders eng, vertrauensvoll und produktiv zusammenarbeite.

Mein ganz besonderer Dank gilt natürlich den 85 Mitgliedern der Vollversammlung, darunter meine engsten 9 Mitstreitern aus dem Präsidium. Es ist kaum zu glauben, aber im nächsten Jahr stehen bereits wieder turnusmäßig Neuwahlen zur nächsten Vollversammlung an. Es ist auch Ihnen, dem Parlament der Wirtschaft, zu verdanken, dass unsere IHK Rhein-Neckar so glänzend dasteht.

Wir gehören zu den 12 bedeutendsten Industrie- und Handelskammern in Deutschland, sind hoch effektiv- und effizient aufgestellt und können stolz sein, trotz dieser Leistungen den geringsten Umlagebeitrag aller IHKs in Baden-Württemberg zu erheben.

In aller Bescheidenheit können wir also sagen, dass wir zu den leistungsfähigsten und zugleich günstigsten Kammern in ganz Deutschland gehören.

Dies wäre ohne den unermüdlichen Einsatz des Ehrenamts völlig undenkbar – ganz herzlichen Dank!

Die Sicht des Außerirdischen

Meine Damen und Herren, nun zur Analyse der aktuellen Situation und zum Blick nach vorne!

Bitte nehmen Sie mit mir gemeinsam in aller Kürze die Sicht eines Außerirdischen ein, der die Wirtschaft unserer Metropolregion Rhein-Neckar im Dezember des Jahres 2019 besucht.

Was würde er feststellen?

Bereits im Mai hatte der Gemeinderat in Heidelberg als zweite Stadt in Deutschland den „Klimanotstand“ ausgerufen und dabei insbesondere den Zusammenhang zur Wirtschaft und zum Verkehr thematisiert.

Regelmäßig freitags demonstrieren in den großen Städten der Region vor allem jüngere Demonstranten gegen den „Klimanotstand“ – unter dem Motto „Fridays for future“.

Gleichzeitig sehen etliche Pendler und Unternehmen wegen der enormen Verkehrsprobleme bei den Hochstraßen in Ludwigshafen und bei den zahlreichen Baustellen in der Region insbesondere im rheinquerenden Verkehr den „Mobilitätsnotstand“ auf sich zukommen.

Angesichts erheblicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten sind in derselben Zeit Schlagzeilen über den Abbau von Arbeitsplätzen zu lesen, die in ganz Baden-Württemberg hauptsächlich durch den Strukturwandel in der Automobilindustrie ausgelöst werden.

Mit Blick auf absehbare weitere Schwierigkeiten in der konventionellen Industrie sprechen erste Stimmen bereits vom aufkommenden „Wirtschaftsnotstand“.

Zunächst wundert sich der Außerirdische über die Dramatik der Wortwahl.

Angelehnt an die Formulierung eines Redakteurs der Zeitung „Die Welt“ in den letzten Tagen denkt der Außerirdische: „Wird hier Panik zum Politik-Prinzip?“

- Bei näherem Hinhören wird er sehr schnell gewahr, dass alle Beteiligten jeweils total überzeugt sind von der Dramatik ihres Anliegens, und auch viele sehr gute Argumente für ihr eigenes Thema ins Feld führen können.
- Bei noch näherem Hinschauen merkt der Außerirdische, dass die Probleme sich jeweils bereits seit längerem abzeichneten – und er fragt sich, warum nicht früher gegengesteuert wurde?
- Bei genauer Analyse stellt er fest, dass die Probleme miteinander etwas zu tun haben. Verkehr, Klimapolitik und Wirtschaftsweise stehen in einem engen Zusammenhang.

- Und der Außerirdische bemerkt, dass die politischen Rahmenbedingungen bei jedem Thema im Zusammenspiel eine eminent wichtige Rolle spielen.

Könnte der Außerirdische jetzt mit uns sprechen, würde er uns vermutlich fragen, warum wir Hiesige nicht miteinander reden und einen Konsens suchen?

Er würde fragen, warum Empörung unseren Dialog verhindert?

Und er würde uns auf das Postulat der „Nachhaltigkeit“ aufmerksam machen, dass in seiner umfassenden Bedeutung auf eine gleichzeitig „soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit“ abzielt.

Der Außerirdische würde vermutlich denken, dass wir in diesem Sinne doch die Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und den gesellschaftlichen Anforderungen an Soziales, Mobilität und andere Bedarfe suchen sollten:

- Nicht jedes Ziel einzig und allein sehen.
- Nicht einseitige Blicke auf die Welt werfen, sondern einen ganzheitlichen Blick!

Mit diesen Fragen und Einschätzungen lässt uns unser Außerirdischer bei diesem Jahresschlussempfang alleine und zieht seines Weges in das weite Weltall.

Drei Megatrends

Lassen Sie mich deshalb als IHK-Präsident hier eine weiterführende Analyse versuchen.

Derzeit stehen wir Unternehmerinnen und Unternehmern gleich drei Megatrends struktureller Art gegenüber:

- Der digitalen Transformation,
- der ökologischen Transformation und
- dem verschärften Globalisierungsdruck

Aber was heißt das konkret?

1. Die Digitalisierung verändert unsere Wirtschaft von Grund auf:

- Die Geschwindigkeit und der Automatisierungsgrad vieler Unternehmensprozesse nehmen zu.
- Geschäftsmodelle, die über viele Jahre funktioniert haben, werden in Frage gestellt.
- Bei der Entwicklung vieler neuer Geschäftsmodelle sind Daten ein wichtiger Faktor.

Vorausgesetzt, dass die Politik endlich zeitgemäße Rahmenbedingungen schafft, beispielsweise bei der digitalen Infrastruktur und der Anpassung vieler analoger Gesetze an die Regeln der digitale Zeit, mache ich mir um die digitalen Fortschritte bei den Unternehmen keine größeren Sorgen. Wir machen unseren Job!

Mehr Sorgen mache ich mir um die digitalen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Fach- und Führungskräfte, die aus der Breite der bundesdeutschen Bildungsinstitutionen kommen.

Klar, die Ausstattung der Schulen, Berufsschulen und Hochschulen muss den heutigen Anforderungen der modernen Arbeitswelt entsprechen.

Bei den Schulen müsste der seit Jahren angekündigte Digitalpakt jetzt endlich zu den erforderlichen Anschaffungen führen.

Viel wichtiger scheint mir zu sein, dass in den Grundschulen nun verstärkt eine altersgerechte Hinführung in die Welt der digitalen Prozesse stattfindet.

In den weiterführenden Schulen sollten Fächer wie Informatik eine größere Bedeutung erlangen.

Und auch die Berufsschulen müssen mit der oft schnelleren digitalen Transformation in den Betrieben Schritt halten.

Als rohstoffarmes und wissensbasiertes Land müssen wir hart daran arbeiten, mit Investitionen in unser Bildungssystem sicherzustellen, dass wir morgen in der digitalen Welt noch wettbewerbsfähig sind.

Hierzu gehören auch die Entschlackung alter Lehrinhalte und die forcierte Weiterbildung des Lehrpersonals.

2. Nicht minder umwälzend als die digitale ist die ökologische Transformation.

Auch sie ist ein Stresstest für unsere Geschäftsmodelle.

Mit der Fridays-for-future-Bewegung hat das Thema eine noch breitere gesellschaftliche Relevanz bekommen und auch einige Unternehmer haben sich den Demonstrationen angeschlossen (Entrepreneurs for Future).

Und um es gleich vorweg zu sagen: wir Unternehmer stellen uns der ökologischen Transformation und die meisten, so wie ich, können sich sehr wohl mit den ökologischen Zielen identifizieren.

Davon abgesehen macht es wenig Sinn, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die Klimapolitik kommt oder gar ob der Klimawandel wirklich menschengemacht ist.

Die Realität ist: Die Politik setzt Deutschland und Europa über internationale Abkommen klimabezogene Ziele, wie zum Beispiel mit dem Pariser Abkommen.

Und wir in den Unternehmen müssen wir uns genau auf diese Zielerreichung einstellen!

Beeinflussbar erscheint mir hingegen die Frage:

- Wie erreicht Deutschland und Europa die klimapolitischen Ziele unter Beachtung wirtschaftlicher Vernunft?
- Nutzen wir die Kraft und Effizienz des Marktes, oder werden vor allem Verbote und Gebote bemüht?
- Welche Rolle spielt insgesamt der Staat und welche der Markt?
- Geben wir Innovationen eine Chance, uns bei den Umstellungsprozessen zu helfen, oder ersticken wir neue Ideen in dem naiven Glauben, genau den richtigen Lösungsweg bereits vorher zu kennen?
- Vergessen wir bei alledem, dass materieller Wohlstand, den wir mit unseren Unternehmen erwirtschaften, auch die Basis für den ökologischen Fortschritt bietet?

Viele Unternehmerinnen, Unternehmer und Beschäftigte beobachten die öffentliche Debatte zur ökologischen Transformation mit großer Skepsis – wegen befürchteter Rückwirkungen auf Einkommen und Beschäftigung, aber auch wegen vieler Widersprüche:

- Warum wird die Windenergie so stark propagiert, dann aber ihr Ausbau durch neue unausgeregeltere Abstandsregelungen zur Wohnbebauung praktisch lahmgelegt?
- Wenn die Windenergie insbesondere auf der Nordsee produziert werden soll, warum werden dann die Energienetze in den Süden Deutschlands, wo der Strom in den Wirtschafts- und Bevölkerungsmetropolen massiv benötigt wird, nur zögerlich ausgebaut?
- Wieso werden Plug-in-Hybride Fahrzeuge aus ökologischen Gründen steuerlich gefördert, obwohl der ökologische Nutzen dieser Fahrzeuge erheblich angezweifelt wird?
- Warum wird E-Mobilität bei Autos steuerlich gefördert, obwohl das Netz der öffentlichen Ladesäulen in den Städten und erst recht auf dem Land bislang sehr löcherig gespannt ist?
- Warum verhindern Bauvorschriften, dass mehr Eigenheime mit Lademöglichkeiten ausgebaut werden können?

Solche und zahlreiche weitere Widersprüche begegnen uns regelmäßig und werfen natürlich insbesondere bei uns Unternehmern Fragen auf, weil wir gewöhnt sind, uns Tag für Tag mit den finanziellen und wirtschaftlichen Folgen unseres Handels zu beschäftigen.

Gut gemeint ist eben nicht immer gut gemacht!

Eine unwirtschaftliche Steuerung der ökologischen Transformation verschwendet Mittel der Verbraucher und Unternehmen, die an anderer Stelle dringend gebraucht würden: sei es bei der Bildung, der Infrastruktur, bei Investitionen, bei effizienten Öko-Projekten oder gar bei der Förderung der Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Lassen Sie mich bewusst ein Beispiel nennen, bei dem die Ergebnisse einer solchen Fehlsteuerung längst feststehen:

Wir müssen dafür sorgen, dass sich solche Fehler in der Hektik der aktuellen Diskussion nicht wiederholen, denn diese könnten der Wirtschaft und der Gesellschaft irreversible Schäden zufügen.

Sorgen machen wir uns insbesondere hinsichtlich der zunehmenden Belastungen, die auf die Unternehmen mit den politischen Vorgaben zur ökologischen Transformation zukommen.

Natürlich bietet auch die Ökologie Einkommens- und Beschäftigungschancen, wie übrigens viele unserer IHK-Mitgliedsunternehmen tagtäglich unter Beweis stellen.

In all diesen Fällen sind Ökologie und Ökonomie keine Gegensätze.

Zugleich werden staatliche Belastungsvorgaben aber insbesondere gegenüber der internationalen Konkurrenz für bestimmte Industrien zu einem erheblichen negativen Wettbewerbsfaktor.

Was hilft es aber dem Weltklima, wenn „nicht-mehr-wettbewerbsfähige“, weil zusätzlich kostenbelastete Produkte aus Deutschland durch Produkte aus anderen Ländern der Welt ersetzt werden, die keinen ökologischen Auflagen unterliegen?

Diese Frage ist inzwischen sogar bei dem umweltfreundlichen „Wuppertal Institut“, sowie dem Thinktank „Agora Energiewende“ angekommen, die für Teile der Industrie in Deutschland angesichts der Vorgabe einer klimaneutralen Produktion bis zum Jahr 2050 aus Wettbewerbsgründen Alarm schlagen.

Die Autoren der Studie stellen inzwischen die Frage, wie muss die hiesige Industrie neben den ökologischen Vorgaben gleichzeitig entlastet werden, damit es nicht am Ende heißt: „Operation gelungen, Patient tot“.

Wenden wir uns dem 3. und letzten Megatrend zu, der Globalisierung

Von der Globalisierung geht ein weiter verschärfter internationaler Wettbewerbsdruck aus.

Unsere Industrieunternehmen der Region verkauften zuletzt rund 60 Prozent ihres Umsatzes jenseits der deutschen Grenzen.

Da entscheidet nicht mehr der Wettbewerb mit einem nationalen oder europäischen Konkurrenten, da muss sich jedes hiesige Unternehmen in der Qualitäts- und Preiskonkurrenz zu den Top-Unternehmen weltweit behaupten.

Und zwar nicht nur auf den auswärtigen, sondern auch auf den heimischen Märkten!

Insbesondere durch den digitalen Strukturwandel – Stichwort Plattformökonomie – kommen selbst hierzulande Branchen unter einen internationalen Druck, die früher kaum Konkurrenz jenseits der eigenen Grenzen zu spüren bekamen.

Im Einzelhandel galt früher „all business is local“ und heute hat ein einziges globales Unternehmen im E-Commerce einen Marktanteil von knapp 50 Prozent, für das unsere nationalen Regeln nur bedingt anwendbar sind.

Angesichts einer hohen Geschwindigkeit des Strukturwandels insbesondere in Asien und bei den IT-Unternehmen in den USA nimmt die internationale Wettbewerbsintensität enorm zu.

Trotzdem haben wir auch in unserem IHK-Bezirk zahlreiche Unternehmen, die in ihrem Marktbereich zu den Topadressen der Welt zählen.

In letzter Zeit leidet aber unsere äußerst exportstarke Wirtschaft zunehmend unter den Streitigkeiten, die zwischen unseren größten Handelspartnern ausgetragen werden.

Das wirtschaftliche Wachsen Chinas beantworteten die USA zuletzt außenwirtschaftspolitisch mit Zöllen und Auflagen – mit starken dämpfenden Folgen für die Dynamik des gesamten Welthandels.

Zusätzliche Probleme in Europa entstanden durch die bislang scheinbar never-ending-story um den Brexit.

Das verschlechterte Welthandelsklima ist leider inzwischen auch in Deutschland spürbar – mit konjunkturellen Bremsspuren in der hiesigen Wirtschaft.

Bei aller mehr als berechtigten Skepsis gegenüber der Außenpolitik des amerikanischen Präsidenten, müssen wir uns in Europa derselben Frage stellen, nämlich wie unsere Unternehmen mit einer wachsenden Abhängigkeit gegenüber der chinesischen Volkswirtschaft klarkommen.

Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten.

Was wir vermeiden sollten, ist eine durch Handelsblöcke bestimmte wirtschaftliche Zweiteilung der Welt.

Schon jetzt müssen unsere Unternehmen aus purem Eigenschutz prüfen, ob jeweils eine eigene Wertschöpfungskette mit Blick auf die USA bzw. mit Blick auf China sinnvoll und erforderlich ist.

Ansonsten laufen Unternehmen Gefahr, von einer Sanktionspolitik der beiden Großen überrascht zu werden.

Fazit zu den Megatrends

Mein zusammenführender Blick auf die digitale Transformation, auf die ökologische Transformation und auf die verschärfte Globalisierung zeigt, dass wir mit unseren Unternehmen vor erheblichen Herausforderungen stehen. Das wird ein Kraftakt.

Denn die Intensität, mit der uns diese drei Megatrends gleichzeitig begegnen, hat zugenommen.

Aber ich will nicht klagen, denn wir Unternehmer scheuen die Herausforderung nicht. Wir packen an!

Soziale Marktwirtschaft als Modell auch für die Zukunft?

Deutschland hat sich nach dem Krieg durch diese Unternehmermentalität und dem Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu einer der stärksten Volkswirtschaften der Welt entwickelt, durch die Frieden, Freiheit und Wohlstand in nie dagewesener Weise erst möglich wurden.

Nicht nur ich stelle mir daher die Frage, warum die politische Öffentlichkeit anscheinend immer weniger Zutrauen in diese doch so extrem erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft hat.

Woher kommt die Skepsis, dass wir nicht auch diese geschilderten neuen Herausforderungen durch die Weiterentwicklung unserer Sozialen Marktwirtschaft mittels mutiger Reformen lösen können?

Wir schafften es in der Vergangenheit doch immer wieder, den wirtschaftlich relevanten Ordnungsrahmen zielorientiert anzupassen?

Warum sollen plötzlich Steuern und Dirigismus mit bürokratischen Vorgaben zu Problemlösern werden?

Und woher sollen die Innovationen kommen, wenn nicht aus dem freien Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft?

Inzwischen sind wir 2018 in Deutschland laut Angaben der Bundesregierung bei einer Steuerquote von 22,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angekommen – nach 19,6 Prozent im Jahr 2005. Eine atemberaubende Steigerung!

Die Steuereinnahmen des Staates haben sich laut Bundesfinanzministerium innerhalb von zehn Jahren um etwa 50 Prozent erhöht – von 530 Milliarden Euro im Jahr 2009 auf rund 800 Milliarden Euro in diesem Jahr.

Woher kommt die Klage, dass der Staat bei diesen Rekordeinnahmen zu wenige Steuern einnimmt und die Staatsausgaben zu gering seien?

Woher kommt die Vorstellung, der Staat müsse sich trotzdem wieder stärker verschulden?

Ist denn bereits vergessen, dass die letzte Wirtschaftskrise in einer US-Immobilienkrise und einer Schuldenkrise Europäischer Staaten ihren Anfang nahm?

Für relevante Steuerentlastungen von Bevölkerung und Unternehmen gab es in diesen Jahren keinen politischen Willen.

Selbst die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags unterbleibt auch 30 Jahre nach der Einführung, trotz anderer Zusagen und obwohl der damalige Einführungsgrund so nicht mehr besteht.

Stattdessen sieht die Bundesregierung vor, dass ab 2021 zehn Prozent der Steuerpflichtigen nach wie vor die Hälfte des bisherigen Aufkommens weiter bezahlen sollen – etwa 11 Milliarden Euro Sonderzahlungen, die viele Familienunternehmen und weitere Leistungsträger dauernd treffen werden.

Ich bin gespannt, ob diese neue Regelung vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben wird.

Zusätzlich problematisch wird die hohe Steuerlast in Deutschland dadurch, dass in vielen anderen Ländern – nicht nur in den USA – in den letzten Jahren bereits entlastende Steuerreformen auch für die Unternehmen durchgeführt wurden.

Was wir in Deutschland aber vor allem bräuchten, wären konsequente Maßnahmen zur Steuervereinfachung.

Und alle etwaigen Überlegungen der aktuellen Politik, Mehreinnahmen aus dem Klimapaket oder weiterer steuerlicher CO₂-Maßnahmen zu neuen staatlichen Wohltaten zu nutzen, gehen in die völlig falsche Richtung.

Nach den schlechten Erfahrungen mit der Glaubwürdigkeit der Politik bei der Abschaffung des Solidaritätszuschlags, sehe ich hier erneut dauerhafte Lasten auf uns zukommen, die eben nicht zweckgebunden eingesetzt werden.

Ich finde es immer sehr lehrreich und zugleich auch häufig frustrierend, mit politischen Entscheidungsträgern über Bürokratie zu sprechen.

Mit dem pauschalen Vorwurf, dass wir zu viel Bürokratie hätten und immer weiter aufbauten, erreichen wir in solchen Gesprächen gar nichts.

Es müssen konkrete Beispiele sein – dann hat man eine Chance.

Um keine Illusionen aufkommen zu lassen:

Jede einzelne bürokratische Regelung hat aus Sicht der Politik und der Verwaltung meist einen uns vielfach verborgenen Sinn, so dass wir auch bei konkreten Beispielen argumentativ hart fechten müssen.

Die Tendenz der Politik, immer stärker auf Vorgaben zu setzen, die wir Unternehmer in ihrer Gesamtheit als unzumutbare Bürokratie empfinden, ist unverkennbar.

Verrechtlichung ist dafür das Fachwort.

Für große Organisationseinheiten ist es meist „nur“ ein lästiger und unnötiger Kostenfaktor. Für mittelständische Familienunternehmen und Selbständige mit wenigen oder gar keinen Beschäftigten stellt die Bürokratie oft ein unlösbares Problem dar.

Die Liste der „erforderlichen Beauftragten für irgendetwas“ ist inzwischen unübersichtlich lang geworden; Steuerberater, Rechtsanwälte, einschlägige Spezialberater müssen unter hohen Kosten beauftragt werden.

Häufig sind es Einzelfälle an Verstößen, die dann zu einer allgemeinen Verrechtlichung führen.

Das Schlimme daran:

Einzelfallbezogene Bürokratie beschränkt Freiheiten – aber genau diese gestalterische Freiheit ist meist die zentrale Motivation überhaupt, Unternehmer zu werden oder zu bleiben!

Innovation kommt in einer Marktwirtschaft nicht zentral geplant, sondern aus dem freien Wirken von Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Universitäten und Hochschulen, gerade in unserer Region, leisten einen hervorragenden Beitrag zur Spitzenforschung und zum Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

Ausgliederungen aus den Hochschulen sind eine wichtige Quelle, ebenso wie weitere Start-ups in der Wirtschaft.

Schließlich kommen viele Impulse aus den etablierten Unternehmen, meiner Beobachtung nach in den Familienunternehmen gerade nach der Übernahme der Verantwortung durch die nächste Generation.

Der Staat kann außerhalb seiner Forschungseinrichtungen gerade im Bildungssystem für einen innovativen Rahmen sorgen.

Nur durch die Investition in unternehmerische Innovationen können die Wertschöpfungsketten der Zukunft sichergestellt werden.

Die junge Generation müsste auf die Barrikaden gehen, dass nicht in ihre Zukunft investiert wird, sondern die Energie in einer Rentendebatte nach der nächsten verschwendet wird und hier wäre es zumindest ehrlich zu sagen, dass alleine die Einführung der Grundrente Folgekosten von 150 Milliarden erzeugt.

Zum Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft gehören unternehmerische Persönlichkeiten, die ihr Unternehmersein auch als gesellschaftliche Verantwortung begreifen.

Die andere Seite der Medaille bedeutet dann natürlich auch, dass es schädlich ist, wenn der Staat glaubt, diese Verantwortungsträger gängeln oder mit unzumutbaren Lasten überziehen zu müssen.

Aus vielen Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern muss ich hierzu berichten, dass sich viele inzwischen als Lastesel der Nation behandelt fühlen.

Besonders gravierend sind solche Einschätzungen, wenn sich die nächste Generation in den Familienunternehmen diese zu Eigen macht.

Immer häufiger höre ich von Kindern aus Unternehmerfamilien die Frage: Warum soll ich mir das antun?

Diese Fragen nehmen zu, wenn – wie für das nächste Jahr geplant – die Bundesregierung beispielsweise neue gesetzliche Regelungen zum Transparenzregister, zu einem Whistleblower-Gesetz und zur Neueinführung eines Unternehmensstrafrechts erlassen.

Welch falsches Grundverständnis des Unternehmers, der zunächst unter Generalverdacht gestellt wird und seine Unschuld erst beweisen muss?

Mit Blick auf unsere bewährte Struktur der mittelständischen Familienunternehmen auch im ländlichen Raum machen mir solche Beobachtungen ernsthafte Sorgen.

Bisher lebt Deutschland in seiner politischen und wirtschaftlichen Stabilität sehr stark von seinen vielen starken dezentralen Regionen, die nicht zuletzt durch viele starke Familienunternehmen geprägt sind.

Fazit zur Sozialen Marktwirtschaft als Zukunftsmodell

Meine Schlussfolgerung ist klar:

Das Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft taugt auch für die Herausforderungen der Zukunft, wenn es permanent reformiert, aber nicht überdehnt wird!

Dazu gehört als Anforderung an die Politik, vor allem den Rahmen zu setzen und nicht mit Einzelmaßnahmen in den Wettbewerb einzugreifen.

Unternehmen benötigen eine Planbarkeit der Bedingungen insbesondere für ihre langfristigen Investitionen.

Aber auch die Belastungshöhe spielt eine Rolle:

Waren zusätzliche finanzielle Belastungen und bürokratische Vorgaben aus der Politik in besseren Zeiten für eine Reihe der Unternehmen zu verkraften, so werden sie nun in einer konjunkturellen schwierigen Situation eine Gefahr für unsere gesamte Volkswirtschaft.

Maßnahmen der IHK Rhein-Neckar

Im letzten Teil meiner Rede möchte ich anhand einiger ausgewählter Beispiele zeigen, mit welchen Maßnahmen wir die regionale Wirtschaft im kommenden Jahr unterstützen werden.

Als IHK Rhein-Neckar gehen wir auch im Jahr 2020 zusammen mit den Unternehmen verstärkt das Thema Aus- und Weiterbildung von Fachkräften an:

- Die Basis bleibt natürlich die Ausbildung von mehr als 11.000 Auszubildenden alleine in den Unternehmen und den Berufsschulen unseres IHK-Bezirks.
- Ich kann hierzu eine persönliche positive Erfahrung aus unserer letzten IHK-Prüfungsbestenfeier berichten, als ich insgesamt 15 Landesbeste für ganz Baden-Württemberg und vier Bundesbeste aus unserem IHK-Bezirk für ganz Deutschland ehren durfte.
- Hier ist deutlich zu erkennen, dass Ausbildung in unseren Mitgliedsbetrieben eine hohe Qualität hat.
- Bereits in diesem Jahr starteten wir als IHK eine Initiative zur Bewerbung von IT-Ausbildungsberufen. Damit sprechen wir junge Menschen an und machen sie auf die besonderen Berufschancen aufmerksam, die mit diesen IT-Berufen verbunden sind.

- Zum Beispiel mit den Fachinformatikern, den IT-Systemelektronikern oder den Kaufleuten im E-Commerce. Erst in diesen Tagen sprachen mehrere Großunternehmen der Region davon, dass ihnen IT-Fachkräfte reihenweise fehlen. Im Mittelstand sieht es hierzu nicht anders aus.
- Zusammen mit unseren Partner-IHKs aus ganz Baden-Württemberg starten wir 2020 eine Kampagne, die junge Leute auf die duale Ausbildung insgesamt aufmerksam machen wird.
- In unserer IHK-Region werden wir den Mangel an Fachkräften in bestimmten Berufen mit einer regionalen Initiative „Fachkräftesicherung 2030 im Neckar-Odenwald“ mit dem Landrat Dr. Brötel als Beteiligtem und Schirmherrn anpacken.

Neben dem wichtigen Thema der der Aus- und Weiterbildung, werden wir unsere Mitgliedsunternehmen auch im Jahr 2020 weiterhin vielfältig unterstützen.

Dies betrifft zum Beispiel alle relevanten Themen zur Außenwirtschaft (Brexit), zu Innovation und Umwelt, zum E-Commerce und zum stationärem Handel, zu den verschiedenen Dienstleistungsthemen, zur Netzwerkbildung, sowie zu rechtlichen und steuerlichen Basisinformationen.

Jetzt fragen sich sicherlich viele von Ihnen:

„Wann sagt der endlich etwas zum drängendsten Problem unserer regionalen Wirtschaft, nämlich zum Verkehrsproblem und insbesondere zur schlimmen Situation bei den Rheinquerungen und den Hochstraßen“.

Keine Sorge – das beste kommt zum Schluss, aber lassen Sie mich in diesem Zusammenhang dieses letzte Kapitel meiner Rede mit einer großen Erfolgsgeschichte beginnen:

Wie Sie vermutlich der heutigen Presse entnommen haben, konnten wir gestern den lang geplanten Schulterschluss der vier regionalen IHKs unter der Dachmarke „IHK Metropolregion Rhein-Neckar“ der Öffentlichkeit vorstellen.

Ich bin den beteiligten Präsidenten der IHKs Pfalz, Darmstadt-Rhein-Main-Neckar und Rheinhessen sehr dankbar, dass wir so die Wirtschaft der Metropolregion Rhein-Neckar entscheidend unterstützen und stärken werden.

Eine starke Metropolregion ist für die Wirtschaft notwendig, um im Standortwettbewerb weiterhin bestehen zu können.

Ein Ziel ist es, gemeinsam mit unseren MRN-Partnern den Belangen unserer Region mehr Aufmerksamkeit in den Ländern und im Bund zu verschaffen.

Wir werden uns ganz schlank aufstellen, ohne jegliche neue formale Strukturen oder gar neue Geschäftsstellen.

Ganz in Gegenteil: wir wollen durch eine noch bessere Zusammenarbeit Synergieeffekte schöpfen und noch effizienter werden.

Wir haben, legitimiert durch unsere vier Vollversammlungen, gemeinsame regionalpolitische Positionen formuliert, mit welchen wir der Wirtschaft in der Region mehr Gewicht verschaffen wollen.

Wir werden in einem gemeinsamen jährlichen Konjunkturbericht auf die wirtschaftliche Situation der Betriebe in der Metropolregion eingehen und in einer gemeinsamen jährlichen Pressekonferenz der Präsidenten Politik und Verwaltung fordern.

Ebenfalls einmal im Jahr werden wir alle Mitglieder der Vollversammlungen und weitere geladene Gäste aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Medien zum neuen „IHK-Wirtschaftsforum der Metropolregion“ einladen, um dort aktuelle Herausforderungen zu besprechen.

Das erste Wirtschaftsforum wird im April mit dem Schwerpunktthema „Verkehr“ stattfinden, zu dem wir den Parlamentarischen Staatssekretär im Verkehrsministerium Herrn Steffen Bilger und den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Volker Wissing erwarten, der gleichzeitig auch für Wirtschaft und Verkehr zuständig ist.

Wie sinnvoll und notwendig diese Zusammenarbeit unserer Kammern ist, zeigt sich insbesondere an den zunehmenden Verkehrsproblemen, an welchen unsere Metropolregion wie an keiner anderen Problemstellung leidet.

So konnte ich Ihnen bereits im letzten Jahr unsere IHK-Studie zur Erreichbarkeit von Städten mit der mit Vorschlägen zu kurz-, mittel und langfristigen Maßnahmen vorstellen.

In Bezug auf die wichtigen Rheinquerenden Verkehre waren die damals angesprochenen Problemstellungen im Vorfeld der geplanten Tieferlegung der Hochstraße Nord zwar aktuell, aber noch nicht akut.

Gemeinsam mit den Pfälzer Kollegen haben wir frühzeitig auf die drohenden Gefahren hingewiesen und postuliert, dass sich nicht um eine stadtbezogene Angelegenheit, sondern um ein essentielles Thema der gesamten Region handelt.

Gemeinsam mit dem Verband Region Rhein-Neckar, der IHK Pfalz, den Städten Mannheim und Ludwigshafen, der BASF sowie Vertretern des Öffentlichen Personennahverkehrs haben wir den Mobilitätspakt für den Kernraum Rhein-Neckar auf den Weg gebracht.

Ziel war es, nach der von uns angeregten Unterteilung zwischen kurz-, mittel und langfristigen Maßnahmen eine umfassende Gesamtkonzeption für die Verkehrsinfrastruktur des Kernraums der Metropolregion zu erarbeiten und insbesondere die 3 Bundesländer mit einzubinden.

Zu den vielfältigen vorgeschlagenen Maßnahmen zählen:

- Im kurzfristigen Bereich ein besseres Baustellen-Management, eine verbesserte Verkehrssteuerung und ein optimiertes betriebliches Mobilitätsmanagement.
- Im mittelfristigen Bereich der Ausbau des ÖPNV und der Radwege, sowie der synchronisierte Neubau der Hochstraßen
- Und im langfristigen Bereich vor allem der Bau einer weiteren Rheinquerung

Nach heutigem Stand haben alle 3 Bundesländer ihre Unterstützung zugesagt, sodass wir hoffen, dass der Pakt im Frühjahr 2020 förmlich unterzeichnet werden kann.

Dies ist die Voraussetzung, um umfassenden Unterstützungsmaßnahmen des Bundes zu aktivieren.

Von unserer Seite haben wir, zusammen mit dem Verband, bereits ein Kapazitätsgutachten auf den Weg gebracht, das die Basis für die mittel- und längerfristigen Planungen darstellen soll.

Die aktuelle Situation stellt sich nun so dar, dass die Ludwigshafener Stadtspitze nach den akuten Sperrungen, von welchen nun auch der ÖPNV betroffen ist, zugesagt hat, die Baumaßnahmen Nord und Süd zu verzahnen. Dies bedeutet, dass die Hochstraße Süd so schnell wie möglich abgerissen und durch ein neues Funktionsbauwerk ersetzt werden soll.

Bis zur Funktionstüchtigkeit der neuen Hochstraße Süd, soll mit den großen Baumaßnahmen Nord nicht begonnen werden, was wir mit großer Erleichterung zur Kenntnis genommen haben.

Die Problematik besteht nun nicht darin, dass unsere Unternehmen eine solche Hochstraße nicht in gleicher Rekordzeit wie in Asien oder Italien bauen könnten, das Problem liegt vielmehr in unseren Planungsverfahren, die sich über viele Jahre hinziehen können.

Vorbehaltlich der Möglichkeit, dass ein schnelleres Verfahren gefunden wird, sehen wir eine große Chance in dem geplanten „Planungsbeschleunigungsgesetz“.

Dieses sieht vor, dass marode bestehende Brücken für Autobahnen und Eisenbahnen ohne Planfeststellungsverfahren, durch pure Genehmigung eines Ersatzbaus an gleicher Stelle ersetzt werden könnten.

Wenn es gelänge, dieses Verfahren auf wichtige verbindende Bundesstraßen auszuweiten, könnte hierin eine große Chance liegen.

Auch hierfür brauchen wir die Unterstützung aller Beteiligten.

Bitte gestatten Sie mir ganz zum Schluss eine persönliche Bemerkung an die zahlreichen Vertreter aus Politik und Verwaltung:

Ich schätze die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ihnen sehr und habe großen Respekt für Ihr Engagement und Ihre persönliche Leistung.

Mit meinen grundsätzlichen Ausführungen wollte ich aufrütteln, manche Vorstellung vom Kopf auf die Füße stellen und zu einem konstruktiven, zukunftsorientierten und pragmatischen Dialog aufrufen.

Manches Mal wäre es besser, auf gut gemeinte politische motivierte Förderprogramme und -programmchen zu verzichten und den Unternehmen mehr Beifreiheit und finanzielle Spielräume für Kreativität und zukunftsweisende Innovationen zu lassen.

Unter dem Strich wäre es für unser Wirtschaft besser, auf „schuldenbasiertes Gas geben“ zu verzichten und für unsere Unternehmen einfach die Bremsen zu lösen.

An unsere Unternehmerinnen und Unternehmer möchte ich appellieren, unsere Selbstverwaltung der Wirtschaft weiterhin tatkräftig zu unterstützen, damit wir uns als starke Stimme der Wirtschaft mit klugen Lösungen weiterhin für Sie einsetzen können.

Liebe Gäste, bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bei diesem nicht immer leichten Stoff

und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie einen erfolgreichen Start in das Jahr 2020.

Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ansprechpartnerin:

Annegret Rupp

Tel.: 0621 1709-213

E-Mail: presse@rhein-neckar.ihk24.de

Diese Presseinformation ist auch abrufbar unter: www.rhein-neckar.ihk24.de/presseinfos